

Rundgebung der Triester Deutschen.

Am 10. d. fand in Triest eine von Vertretern aller Stände und Kreise zahlreich besuchte deutsche Versammlung statt. Die Forderungen der Triester Deutschen kamen in einer einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck, in der es unter anderem heißt: „Die Versammlung der Vertrauensmänner der Deutschen Triests und des Küstenlandes fordert von den maßgebenden Stellen, daß die italienische Frage bei Friedensschluß endgiltig entschieden werde. Außer den zur Sicherung unserer Monarchie — und damit auch des mitteleuropäischen Staatenbundes — nötigen Grenzberichtigungen sind von Italien alle jene Bürgschaften zu verlangen, welche eine gesicherte und ruhige Entwicklung unseres Staates, insbesondere des Grenzlandes und Triests gewährleisten. Eine Begnadigung der ins Ausland geflüchteten und staatsfeindlichen Elemente darf unter keinen Umständen eintreten. Ebenso dürfen die heute wegen nachgewiesener staatsfeindlicher Gesinnung entfernten Elemente nicht mehr in die öffentlichen Ämter und Schulen zurückkehren, wo sie ihre zersetzende Tätigkeit neuerdings aufnehmen würden. Triest als unser einziger großer Hafen ist gesamtstaatlicher Besitz, es ist als solcher immer weiter auszugestalten.“

Die Versammlung weist die Bestrebungen slowenischer Politiker, die auf die Gründung eines Südslawenstaates unter Einbeziehung von Krain, Teilen von Kärnten und Steiermark, des Küstenlandes und Triests abzielen, schärfstens zurück. Die Versammlung protestiert auch mit allem Nachdruck gegen die maßlosen Angriffe der slowenischen Presse, welche die ruhige Bevölkerung gegen die Einheit des Staates, gegen die Deutschen und gegen unseren treuen Verbündeten aufhetzt und welche neuestens sogar versucht, diese Hetze in die Arme zu tragen. An die gesamten deutschen Abgeordneten ohne Unterschied der Partei ergeht die dringende Aufforderung, sich zusammenzuschließen und bei der Regierung bindende Zusagen und endlich eine unabweisbare, tatkräftige, die staatszersetzende Tätigkeit unverantwortlicher Elemente eindämmende Politik durchzusetzen.

In besonderen werden die Abgeordneten in der Entschließung weiters aufgefordert, bei der Regierung die Errichtung der deutschen Seefahrtsschule in Triest zu betreiben, für welche das deutsche Hinterland bereits 30.000 Kronen jährlicher Stipendien, beziehungsweise Freiplätze gestiftet hat und auch sonst alle Vorbedingungen gegeben sind.